

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	519
		TOP:	10
Verhandlung		Drucksache:	844/2017
		GZ:	JB,T
Sitzungstermin:	24.10.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	BMin Fezer		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / fr		
Betreff:	Fortschreibung Sanierungsprogramm Schulen		

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung und des Technischen Referats vom 10.10.2017, GRDRs 844/2017. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokolle exemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Gleichzeitig aufgerufen wird der folgende TOP 11 - Investitionsprogramm - Schulische Neu- und Erweiterungsbauten, Priorisierung und personelle Auswirkungen im Hochbauamt und Schulverwaltungsamt -, GRDRs 717/2017. Der Beratungsverlauf wird nachstehend wiedergegeben.

BMin Fezer referiert zunächst den Inhalt der GRDRs 844/2017. Auch im Namen von BM Thürnau, im Namen des Hochbauamts und im Namen des Schulverwaltungsamtes macht sie deutlich, es handle sich um einen Vorschlag, der insofern schmerzt, als man ausdrücklich Abstand nehme von dem ursprünglichen Ziel, 50 Mio. € jährlich für die Sanierung der Schulen auszugeben. Diese Entscheidung beruhe auf der zutreffenden Annahme, dass die Schulen Sanierungsmittel von 50 Mio. € pro Jahr nötig haben für die dort anstehenden Sanierungen. Die Tatsache, in den letzten vier Jahren durchschnittlich nur 34 Mio. € ausgegeben zu haben, bedeute auch, dass über 60 Mio. € in den letzten Jahren nicht ausgegeben werden konnten für notwendige Sanierungen an den Schulen. Man habe unter Einbeziehung des Referats WFB, der Stadtkämmerei und des Referats AKR, Haupt- und Personalamt nun gemeinsam einen Vorschlag entwickelt, für den man die Zustimmung bei den Haushaltsplanberatungen erbitte. Dieser Vorschlag sei enthalten in der grünen Liste.

StRin Bulle-Schmid (CDU) bedauert die für die Schulen tragische Entwicklung, da inzwischen genügend Geld zur Verfügung stehen würde, um die Schulen zu sanieren, es jedoch u. a. am Personal fehle. Lobenswert sei es, dass seitens der Verwaltung an den Schulen Informationsveranstaltungen durchgeführt wurden. Nach ihrem Eindruck haben viele verstanden, woran es liegt und dass die Gründe nicht allein das fehlende Personal sind. Der Gemeinderat habe bereits signalisiert, die notwendigen Personalstellen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu beschließen.

StRin Schiener (90/GRÜNE) weist auf den Sanierungsstau hin, der sich über Jahrzehnte hin bei den Schulen aufgebaut hat und dass erst 2009 auf Betreiben der GRÜNEN damit begonnen worden sei, die benötigten Sanierungsmittel einzustellen. Zudem seien noch viele andere Anforderungen hinzugekommen, z. B. den Ausbau zu Ganztagschulen, wofür wiederum Mensen und Lehrerzimmer benötigt werden, die Inklusion/Barrierefreiheit oder das Thema Sprachalarmierung. Sie fragt, warum laut GRDRs 717/2017 nur für fünf Stellen die Befristung aufgehoben werden soll, obwohl im Unterausschuss noch von 14 Stellen die Rede war. Weiter erinnert sie an die Vereinbarung, wonach die Fachverwaltung aufgrund ihrer Kenntnisse die Prioritäten festlegt. Da es von den einzelnen Schulleitungen noch immer viele Nachfragen gebe, bittet sie darum, die jeweiligen Betreuungsstadträte bei den Antwortschreiben nachrichtlich in Kenntnis zu setzen.

BMin Fezer stellt klar, es gehe insgesamt um 19 Stellen: Um 5 Stellen bei den Sanierungen und um 14 Stellen bei den Investitionen.

StRin Gröger (SPD) verweist auf die im UA erfolgten ausführlichen Diskussionen. Man trage die Vorlagen mit, auch wenn die Entwicklung höchst unerfreulich ist. Gegenüber StRin Schiener betont sie, in der Vergangenheit habe eine Minderheit im Rat immer thematisiert, dass zu wenig Mittel für den Gebäudeunterhalt eingesetzt werden. Zu dieser Minderheit habe ihre Fraktion gezählt. Außerdem habe der Kämmerer für Brandschutzmaßnahmen im Haushalt nur 50 % der geforderten Summe angesetzt. Sie zählt weitere Beispiele auf und merkt an, an dieser Vorgeschichte laboriere man heute noch. "Geld wäre immer dagewesen, nicht so üppig, wie es heute ist, aber es war Geld da, wenn man die entsprechende Gewichtung gesetzt hätte auf die Schulen!" Für das weitere Vorgehen erachtet sie für wichtig, dass von Schulverwaltungsseite aus ganz klar nachvollziehbar sein muss - sowohl bei Sanierung als auch bei den Neubauvorhaben - wie die Prioritätenliste ist. Diese Prioritätenliste dürfe nichts damit zu tun haben, welche Schulen/Lehrer/Eltern am stärksten drängen. Insofern helfe hier nur allergrößte Transparenz und klare Darstellung. Sie dankt BMin Fezer für die Aktionen in den Planbereichen.

Die Stadt trage schwer an den Fehlern der Vergangenheit, resümiert StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS). Damals habe man den Versuch unternommen, die Stadt zu entschulden, indem die Substanz der Liegenschaften nicht richtig gepflegt wurde. Man könne daher heute auch nicht in einem einzigen großen Kraftakt und mit Einsatz eines gigantischen Finanzvolumens die Misere beseitigen. Er kritisiert die Verwaltung dafür, dem Rat nicht offengelegt zu haben, dass die Summen, die der Gemeinderat zur Instandsetzung und Sanierung eingestellt hat, so nicht abgearbeitet werden können. "Die frustrierten Schulleiter, Eltern, Lehrer, auch die Schülerinnen und Schüler sollen ihre Kritik entsprechend adressieren an diejenigen, die damals Verantwortung getragen haben. Das waren im Wesentlichen der Finanzbürgermeister, das war die damals zustän-

dige Schulbürgermeisterin und die zuständigen Oberbürgermeister, die diese Misere zu verantworten haben, und natürlich die Mehrheitsfraktionen im Rat, die diese Politik so verfolgt haben." Im Sinne eines Altlastenmanagements stimme man beiden Vorlagen zu.

StR Zeeb (FW) merkt an, in Protokollen aus 2011 lasse sich nachlesen, dass die Freien Wähler schon damals gesagt haben, es sei nicht realistisch, mehr als 30 bis 35 Mio. € pro Jahr im Rahmen der Schulsanierungen zu verbauen. Er setzt ein Fragezeichen dahinter, ob künftig 40 Mio. € umgesetzt werden können. Den Eltern gegenüber müsse man klarmachen, dass die Situation so ist wie sie ist und viele Bedingungen momentan nicht geändert werden können: So brauche z. B. die Personalsuche und Einarbeitung der neuen Mitarbeiter Zeit. Auf dem Bausektor gebe es teilweise Materialknappheit bei Dämmstoffen u.a. Auch die Kapazitäten im Handwerk, wenn viele Arbeiten während der Schulferien erledigt werden müssen, sei ein Problem, das sich nicht wegdiskutieren lasse. Eine weitere Schwierigkeit stellen die - teilweise europaweiten - Ausschreibungen dar. Er stimmt StRin Gröger zu: "Die Prioritätenliste muss betoniert sein. Die muss stehen und wir alle im Rat müssen zusammen dahinterstehen und uns nicht von denen, die lauter schreien oder öfter anrufen, weichklopfen lassen! So, wie sie steht, wird die Prioritätenliste abgearbeitet!"

Nach Ansicht von StR Brett (AfD) kann die zur Finanzierung des Schulsanierungsprogramms seinerzeit vollzogene Grundsteuererhöhung sofort wieder rückgängig gemacht werden.

Positiv bewertet StR Conz (FDP) den vorgelegten Zeitplan und die erfolgten Informationsveranstaltungen in allen Planbereichen. Er stellt die These auf, nachdem man keine 50 Mio. € pro Jahr verbauen kann, müsste man die Grundsteuer wieder senken. Der Stadtrat erinnert daran, dass die FDP, was das Volumen der Summe angeht, die verbaut werden kann, "immer im Chor mit den Freien Wählern gesungen hat." Abschließend macht er darauf aufmerksam, dass in der Vergangenheit auch versäumt worden ist, genügend Geld in die Schwimmbäder und Feuerwehrhäuser zu investieren. Bei den Haushaltsplanberatungen bestehe Gelegenheit, auch darüber nachzudenken.

StR Dr. Schertlen (STd) stimmt beiden Vorlagen zu.

BMin Fezer tritt dem Eindruck entgegen, es sei in der Vergangenheit nicht genügend getan worden. Nur was die weit zurückliegende Vergangenheit angeht, so treffe dies zu. In der Vergangenheit, für die z. B. BMin Dr. Eisenmann zuständig gewesen ist, habe man dagegen ein Sanierungsprogramm aufgelegt und Investitionen vorgenommen, sowie Sanierungen seien priorisiert worden. Zu beachten bittet sie auch, dass es seitdem keinen Stillstand gegeben hat, sondern intensiv saniert und investiert wird. Das Problem sei, dass es nicht reicht und man die selbst gesetzten Ziele derzeit nicht erreichen könne. Was das Thema Investitionen angeht, so habe man zu den Veranstaltungen in den Planbereichen nicht nur die Schulleitungen, sondern auch die Elternvertreter eingeladen sowie alle, die sich um Schulen kümmern.

Zum Thema Priorisierung sei festzuhalten, dass die bestehende Priorisierung bei den Sanierungen immer wieder angepasst werden muss, da auch neuere Sanierungsanforderungen eingehen. Der Verschiebungsprozess sei ebenfalls in diesem Kontext zu sehen. "Natürlich werden wir da ganz klare Kriterien anlegen, da sind wir jetzt dran. Und

anschließend werden wir sofort die Schulen und überhaupt alle Beteiligten in den Planbereichskonferenzen informieren."

Im Bereich der Investitionen gab es eine solche Priorisierung bisher nicht. Diese Priorisierung werde erarbeitet nach der Beschlussfassung durch den Verwaltungsausschuss entsprechend den in der Vorlage dargestellten sachlichen Kriterien. Man hoffe, dass die Priorisierung die Billigung der Politik finden wird. Wenn die Priorisierung feststeht, könne man den Schulen und Eltern diese mitteilen. Auch der Gemeinderat könne sich auf diese Priorisierung berufen und damit dem Druck standhalten.

Herr Holzer (HochbA) berichtet, das Hochbauamt werde insgesamt in diesem Jahr 7.700 Maßnahmen unter 100.000 € umsetzen. Der Schulbereich mache davon etwa 60 % aus. Dieses Riesenpaket sei nicht in einer gewaltigen Kraftaktion zu meistern, sondern stelle eine Marathonaufgabe dar. Er versuche nun, Stabilität hineinzubringen, sukzessiv weiter voranzukommen und noch eine Schippe drauflegen zu können, manche Prozesse vielleicht auch zusammenzufügen, viele kleine Maßnahmen in einer großen zu bündeln, möglicherweise auch mit einer Neubaumaßnahme zusammen, um so ein ordentliches Paket abzuarbeiten, das dann größer ist. "Auf die Weise stelle ich mir vor, wie man das jetzt auf das bestmögliche Gleis bringen kann, um diese Aufgabe die nächsten Jahre abzuarbeiten."

Abschließend lässt BMin Fezer über beide Vorlagen abstimmen und stellt fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat von der GRDRs 844/2017 Kenntnis genommen.

Der GRDRs 717/2017 stimmt der Ausschuss für Umwelt und Technik einmütig zu.

Zur Beurkundung

Faßnacht / fr

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (5)
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. GPR (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN